

**Der Landkreis Heidenheim in der
Zeit des demokratischen Neubeginns
im deutschen Südwesten nach 1945
– 40 Jahre Bundesland
Baden-Württemberg**

Roland Würz

Heimat- und Altertumsverein
Heidenheim an der Brenz e.V.

Jahrbuch

1991/92

**Jahrbuch 1991/92
des Heimat- und Altertumsvereins Heidenheim an der Brenz e.V.**

Auszug

**Der Landkreis Heidenheim in der Zeit des demokratischen Neubeginns im deutschen Südwesten nach 1945 –
40 Jahre Bundesland Baden-Württemberg**

Roland Würz

Herausgegeben vom Heimat- und Altertumsverein Heidenheim an der Brenz e.V.

Bearbeitet von Helmut Weimert

© Heimat- und Altertumsverein Heidenheim an der Brenz e.V., 1990, eBook-Version 2023

Alle Rechte vorbehalten

Jeder Aufsatz aus dem Jahrbuch wurde als eBook und PDF aufgearbeitet. Es wurde die Rechtschreibung dieser Zeit belassen. Die Aufsätze sind auf unserer Homepage

<https://hav-heidenheim.de>

zum kostenlosen Download bereitgestellt.

Die neuen Jahrbücher in Buchform werden nur noch in einer kleinen Auflage gedruckt. Die älteren Jahrbücher sind nur noch in wenigen Exemplaren verfügbar. Bei Bedarf bitte beim Vorstand anfragen.

Aus Mangel an Verfügbarkeit der Originalfotografien mussten wir die Bilder aus dem Buch übernehmen, was leider Qualitätsverluste verursacht hat. Sollten wir in irgend einer Weise Zugriff auf die Originalbilder erhalten, werden wir sie ersetzen.

Inhaltsverzeichnis 1991/1992

Martin Hornung, Klaus Gubitz, Wolfgang Hellwig, Alfred Singer	Ansprachen anlässlich der Gedenkfeier der Stadt Heidenheim am 26. April 1991 für Professor Dr. Kurt Bittel
Veit Günzler	In memoriam Heinz Bühler
Gottfried Odenwald	Rennweg-Wanderungen auf der Ostalb und darüber hinaus
Renate Ludwig	Römische Grabfunde aus Sontheim/Brenz - Braike, Kreis Heidenheim
Reinhard Sölch	Überlegungen zu den Mannschaftsbaracken der Ala II Flavia in Heidenheim
Heinz Bühler	Zur Geschichte des Albuchs
Erhard Lehmann	Ein Erdbeben erschütterte Burg Moropolis (Heidenheim)
Peter Michael Sträßner	Aufhausen vor Jahr und Tag
Helmut Weimert	Die Gebäude im Nahbereich des Heidenheimer Bürgerturms – Eigentümer und Nutzungen nach schriftlichen Quellen
Hans-Georg Lindenmeyer	Die Schnaitheimer Mühle
Ursula Angelmaier	Die Fürstenzimmer in Schloß Duttstein
Gerhard Schweier	Heidenheim als Familienname — Forschungsergebnis
Wolf-Ingo Seidelmann	Der Süddeutsche Mittellandkanal kam nicht bis Heidenheim
Gerhard Schweier	Stadtkämmerer in Heidenheim
Marcus Plehn	Arbeiteralltag im Heidenheim des 19. Jahrhunderts
Christoph Bittel	Die erste Heidenheimer Ballonfahrt am 6. Dezember 1908
Gerhard Schweier	Der Heidenheimer Stadtwald
Roland Würz	Der Landkreis Heidenheim in der Zeit des demokratischen Neubeginns im deutschen Südwesten nach 1945 – 40 Jahre Bundesland Baden-Württemberg
Erwin Bachmann	Die Erinnerung schlägt Wellen. 1986-87: Ein letzter Besuch im Alten Stadtbad – als es noch Stadtbad war.
Manfred Allenhöfer	Kulturelle Aktivität und historisches Bewußtsein
Wolfgang Hellwig	Der Heimat- und Altertumsverein Heidenheim in den Jahren 1991/92 Autorenverzeichnis Inhaltsverzeichnisse der Jahrbücher 1985 - 1990

Der Landkreis Heidenheim in der Zeit des demokratischen Neubeginns im deutschen Südwesten nach 1945 – 40 Jahre Bundesland Baden-Württemberg

Roland Würz

Einführung

Bei verschiedenen Veranstaltungen und in zahlreichen Veröffentlichungen wurde 1992 der Gründung des Bundeslandes Baden-Württemberg vor 40 Jahren gedacht.

Auch wenn im Blick der Öffentlichkeit heute wohl mehr die staatliche Wiedervereinigung Deutschlands und vor allem noch immer das Zusammenfinden der Menschen in Ost und West steht, so lohnt es sich doch, in der Geschichte eines der sogenannten »alten Bundesländer« zurückzuschauen in die Zeit, als aus dem Trümmerhaufen von 1945 wieder ein funktionierendes und demokratisches Gemeinwesen entstand, obwohl zunächst auch Westdeutschland in Besatzungszonen geteilt worden war und die Militärregierungen der Alliierten alle Fäden in ihren Händen hielten.

In diesem Zusammenhang soll hier aber vor allem die Lage interessieren, in der sich der Landkreis Heidenheim in jener schweren Zeit der ersten zehn Aufbaujahre von 1945 bis etwa 1955 befand, muß man doch davon ausgehen, daß erst auf dem Fundament funktionierender Gemeinde- und Kreisverwaltungen mit ihren demokratisch gewählten Gemeinderäten und Kreistagen wieder Landesverfassungen, Landesregierungen und Verwaltungen entstehen konnten und dann 1949 aus den drei westlichen Besatzungszonen die Bundesrepublik Deutschland gebildet wurde. Erst am Ende einer langen Entwicklung konnten schließlich 1952 auch die zunächst durch Besatzungszonen in Ost-West-Richtung geteilten Länder (Nord-)Württemberg-(Nord-)Baden, (Süd-)Baden und (Süd-)Württemberg-Hohenzollern zum Bundesland Baden-Württemberg zusammenfinden.

1945 - 1952 – Das Werden des Bundeslandes Baden-Württemberg

Der deutsche Südwesten, d. h. die alten Länder Württemberg und Baden sowie der preußische Regierungsbezirk Hohenzollern, wurde 1945 von den Amerikanern und Franzosen als Besatzungsmächte zunächst ohne Rücksicht auf alte Grenzen entlang der Autobahn Mannheim-Karlsruhe-Ulm geteilt. Die Aufteilung erfolgte so, daß die Amerikaner alle Landkreise, durch die die Autobahn führte sowie alle Kreise nördlich, beziehungsweise östlich von diesen, übernahmen. An der scharf abgesperrten Grenze versuchten vor allem die Franzosen, jeden Kontakt der südlichen Landesteile mit den nördlichen zu unterbinden.

Unter strenger Aufsicht örtlicher Militärkommandanten kam in den Gemeinden und Kreisen aber die öffentliche Verwaltung rasch wieder in Gang, wobei den kommissarisch eingesetzten neuen Landräten alle öffentlichen Funktionen innerhalb ihres Kreises übertragen wurden. Ein übergeordnetes staatliches Leben unter deutscher Verwaltung gab es zunächst nicht mehr. Der erste Ansatz eines Zusammenwirkens deutscher Instanzen bei der Bewältigung der großen Probleme jener Zeit war eine Landrätekonferenz in Murrhardt am 20. Juni 1945.



Großes Landeswappen von Baden-Württemberg

Das 1954 eingeführte Wappen zeigt in goldenem Schild die staufischen Löwen, deren Herzogtum Schwaben nahezu die gesamte Fläche Baden-Württembergs umfaßte. Auf dem Schild ruht ein Kronreif aus den historischen Wappen Frankens, Hohenzollerns, Badens, Württembergs, der Kurpfalz und der österreichischen Lande. Schildhalter sind der württembergische Hirsch und der badische Greif.

Im August 1945 setzten die Amerikaner in Stuttgart eine deutsche Landesverwaltung unter Reinhold Maier ein und ordneten im September die Bildung des Landes Württemberg-Baden in ihrer Besatzungszone an. Reinhold Maier wurde Ministerpräsident. Allerdings wurden noch bis 1949 alle wichtigeren Entscheidungen von der Militärregierung getroffen. Da sich bis Ende 1945 auch der Wiederaufbau politischer Parteien vollzogen hatte, tagte ab Januar 1946 eine vorläufige Volksversammlung mit beratender Funktion und 118 Mitgliedern aus Landräten, Oberbürgermeistern und Parteivertretern, Gewerkschaften, Kirchen und Verbänden. Mit der ersten Wahl zum Kreistag am 28. April 1946 und im Juni zur verfassungsgebenden Landesversammlung wurde dann für die Bevölkerung in Württemberg-Baden der politische und vor allem demokratische Neubeginn sichtbar. Die unter Reinhold Maier gebildete Regierung aller zugelassenen Parteien erhielt mehr Befugnisse, und der Landtag konnte am 28. November 1946 eine Landesverfassung beschließen, der zuvor in einem Volksentscheid die Bevölkerung zugestimmt hatte. Der Neubeginn des gesamten öffentlichen Lebens, der Verwaltung, des Verkehrs, des Handels und der Schulen wurde langsam spürbar.

Schwieriger war die Lage in der französischen Besatzungszone, in (Süd-)Württemberg-Hohenzollern und in (Süd-)Baden. Die Militärregierung behielt dort länger alle Befugnisse in der Hand. Im Oktober 1945 wurden dann allerdings deutsche Staatssekretariate eingerichtet. Staatssekretär in Württemberg-Hohenzollern wurde Carlo Schmid, der spätere Vizepräsident des Deutschen Bundestages. Aber erst im November 1946 wurde eine Beratende Landesversammlung zugelassen, die auch über eine Verfassung beriet. Diese Verfassung für Württemberg-Hohenzollern wurde am 20. Mai 1947 verkündet.

Lorenz Bock wurde Staatspräsident und nach dessen Tod 1948 Dr. Gebhardt Müller, der spätere Ministerpräsident von Baden-Württemberg und Präsident des Bundesverfassungsgerichtes.

In (Süd-)Baden fanden erst im September 1946 Gemeindewahlen und im November 1946 die Wahl der Beratenden Landesversammlung statt. Über den erarbeiteten Verfassungsentwurf wurde gemeinsam mit der ersten Landtagswahl im November 1947 durch Volksentscheid abgestimmt und die Verfassung mit einer Zweidrittelmehrheit angenommen. Südbaden litt besonders unter einer schlechten Ernährungs- und Finanzlage. Mit Leo Wohleb als Ministerpräsidenten bekam es einen unnachgiebigen Verfechter badischer und, wenn es nicht anders durchsetzbar sein sollte, südbadischer Eigenständigkeit. Er blieb Gegner einer Vereinigung der nun entstandenen Länder zu einem Südweststaat. |

Wenn sich die Verhältnisse in allen Teilen Südwestdeutschlands auch nicht völlig glichen, war es doch fast überall eine Zeit schwerer Nahrungsmittel- und Wohnungsnot. Die Währungsreform vom 20. Juni 1948 schuf dann die Grundlage für eine allmähliche Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse. Die in diesem Zusammenhang durch Ludwig Erhard als Direktor für Wirtschaft in der Bizone (der wirtschaftliche Zusammenschluß der britischen und amerikanischen Besatzungszone) eingeleitete Aufhebung der Preis- und Bewirtschaftungsvorschriften im Zuge der beginnenden sozialen Marktwirtschaft ermöglichte eine Ausweitung der Produktion in (Nord-)Württemberg-(Nord-)Baden. Die für das Land typische Verarbeitungs- und Veredelungsindustrie hatte an dieser Entwicklung besonderen Anteil und konnte infolge ihrer Vielfältigkeit die Exportmöglichkeiten mehr und mehr steigern. So stieg natürlich auch die Zahl der Arbeitsplätze.

Besondere Probleme bereitete zunächst die Aufnahme von über 2 Millionen Vertriebenen und Flüchtlingen aus den von Deutschland abgetrennten Gebieten sowie aus dem Sudetenland, Ungarn, Jugoslawien, der Bukowina und weiteren osteuropäischen Ländern. Die Wohnungsnot und die Ernährungsprobleme schienen lange kaum lösbar. Die Menschen mußten oft lange primitive Lagerunterbringung ertragen. Die französische Besatzungsmacht verhinderte zunächst die Aufnahme von Vertriebenen und Flüchtlingen in ihrer Besatzungszone. Zudem war sowohl Nordwürttemberg als auch Nordbaden stärker industrialisiert als der Süden und bot so bessere Möglichkeiten für eine dauerhafte Ansiedlung. Etwa 1961 lag der Anteil der Vertriebenen und Flüchtlinge in Nordwürttemberg bei 25,9, in Südwürttemberg bei 16,8, in Nordbaden bei 20,8 und in Südbaden nur bei 15,2 Prozent. Den größten Bevölkerungsanteil in ganz Südwestdeutschland hatten die Vertriebenen und Flüchtlinge mit 32,2 Prozent im Landkreis Heidenheim. Mit den Vertriebenen kamen allerdings viele wertvolle Kräfte ins Land, die sich eine neue Existenz erarbeiten wollten und durch ihren Fleiß wesentlich zum Wiederaufbau des Landes beigetragen haben. Zahlreiche neue Betriebe kamen mit ihnen ins Land oder sind durch ihre Initiative neu entstanden. Bekanntestes Beispiel ist sicher die Carl-Zeiss-Stiftung. Aber überall entstanden auch neue mittelständische Betriebe.

Eine in ganz anderer Hinsicht schwierige Aufgabe der Nachkriegszeit war die Entnazifizierung, die aufgrund des Kontrollratsgesetzes über die Befreiung des deutschen Volkes von Nationalsozialismus und Militarismus seit 1946 durch deutsche Spruchkammern durchgeführt wurde. Die Internierungslager wurden bald von der deutschen Verwaltung übernommen. Auch noch nach Gründung des Bundeslandes Baden-Württemberg arbeitete

das Ministerium für politische Befreiung mit seinen nachgeordneten Dienststellen noch lange an dieser schwierigen und stets sehr umstrittenen Aufgabe.

Da in der Bevölkerung durch Generationen eine starke Anhänglichkeit an die zu Beginn des 19. Jahrhunderts entstandenen Staatswesen Baden und Württemberg gewachsen war, gab es einerseits starke Bestrebungen, die alten Ländergrenzen wiederherzustellen, andererseits hatte aber der Norden bereits im Land Württemberg-Baden gut zusammengefunden und man erkannte dort sehr rasch die Vorteile einer Vereinigung aller Länder im Südwesten, vor allem in wirtschaftlicher Hinsicht. Letztlich jedoch scheiterten Initiativen zur Schaffung eines südwestdeutschen Landes stets am Widerstand Südbadens. Gebhard Müller konnte im Parlamentarischen Rat die Aufnahme des Artikel 118 in das Grundgesetz durchsetzen. Nachdem der Artikel 29 des am 23. Mai 1949 in Kraft getretenen Grundgesetzes allgemein die Möglichkeit der Neugliederung des Gebietes der Bundesrepublik Deutschland durch Bundesgesetz offenließ, ermöglichte der Artikel 118 die Neugliederung Südwestdeutschlands durch Vereinbarung der beteiligten Länder. Wenn es zu keiner solchen Vereinbarung kommen sollte, könnte die Vereinigung durch Bundesgesetz geregelt werden. Da man schon früh die Frage eines Südweststaates durch eine Volksabstimmung klären wollte, behinderte lange der Streit um einen geeigneten Abstimmungsmodus dieses Vorhaben. Südbaden unter Leo Wohleb beharrte darauf, daß nach den Gebieten der alten Länder Baden und Württemberg durchgezählt werden müßte und stets eine Mehrheit in jeweils beiden Teilen erforderlich wäre. Seit 1949 wünschte die Regierung von Württemberg-Baden unter Reinhold Maier ein Durchzählen nach vier Bezirken – Nordwürttemberg, Südwürttemberg-Hohenzollern, Nordbaden, Südbaden – wobei eine Mehrheit in nur drei Bezirken ausreichend sein sollte. Da keine Vereinbarung nach Artikel 118 Grundgesetz zustande kam, ordnete ein Bundesgesetz vom 4. Mai 1951 eine Volksabstimmung an und bestimmte, daß eine Mehrheit in drei der vier Abstimmungsbezirken und im Gesamtgebiet für die Bildung eines Südweststaates ausreiche. Kämen die Mehrheiten nicht zustande, sollten die alten Länder wiederhergestellt werden. Bei der Volksabstimmung am 9. Dezember 1951 stimmten in Nordwürttemberg 93,5, in Südwürttemberg-Hohenzollern 91,4, in Nordbaden 57,1, in Südbaden 37,8 und im Gesamtgebiet 69,7 Prozent für die Vereinigung zu einem Bundesland. Am 9. März 1952 wurde die Wahl zur verfassungsgebenden Landesversammlung durchgeführt und am 25. April 1952 die Regierung des neuen Bundeslandes unter Reinhold Maier gebildet.

Da sich aber in Südbaden viele mit dem Verlust eines eigenen Landes nicht abfinden konnten, erreichte der »Heimatbund Badner-Land« über ein Volksbegehren 1956 einen Volksentscheid in Baden, dessen Durchführung aber erst am 7. Juni 1970 stattfand. Nun stimmten 81,9 Prozent der Badener für ein Verbleiben beim Bundesland Baden-Württemberg und nur 18,1 Prozent für die Wiederherstellung des früheren Landes Baden.

Neubeginn und Wiederaufbau im Landkreis Heidenheim

Nach der Besetzung des Kreises durch amerikanische Truppen vom 22. bis 25. April 1945 begann auch die Kreisverwaltung in Heidenheim beim absoluten Nullpunkt. Für alle Ämter mußten neue Leiter eingestellt werden. Bedingt durch die Versorgungs- und Eingliederungsprobleme wurden neue Ämter geschaffen, wie z. B. das Amt für Wohnungen und Flüchtlinge, die Preisüberwachungsstelle, die Statistische Abteilung, die Beschaffungsabteilung für Ostflüchtlinge, das Übersetzungsbüro und das Amt für Besatzungsleistungen. Diese Ämter bestanden teilweise bis in die 50er Jahre hinein. Zunächst war der frühere Landrat, Dr. Max Fetzer, in den Monaten Mai und Juni 1945 wieder als Landrat eingesetzt worden, bis auch er der automatischen Haft für Landräte unterworfen wurde.

Am 18. Juli 1945 trat Dr. Max von Zabern seinen Dienst als Landrat an, berufen von der amerikanischen Militärregierung. Der gebürtige Giengener Bankfachmann war in jenen turbulenten Tagen als Mann der freien Wirtschaft an der richtigen Stelle. Es war sein erklärtes Ziel, neue wirtschaftliche Unternehmen und vertriebene Industriefirmen im Kreis anzusiedeln. Nichts konnte jedoch ohne die amerikanische Militärregierung, die im Hallamt an der Schnaitheimer Straße saß, geschehen. Captain Edwards war der erste Leiter der Militärregierung, spätere Nachfolger waren unter anderem die Majore Kyle und Schouten, Direktor Christenson und die Resident Officers Rosner und Trowbridge, die noch bis zum Jahre 1951 als Beobachter an den Kreistagssitzungen teilnahmen. Das Verhältnis zu diesen Besatzungsbehörden war stets gut, und 1948 konnte Major Schouten erklären, der Kreis Heidenheim habe in Nordwürttemberg sowohl bei den deutschen Stellen als auch bei der Landesmilitärregierung einen sehr guten Namen, vor allem wegen der Leistungen auf dem Gebiet der Versorgung und Unterbringung der Flüchtlinge und der Sauberkeit und Qualität der gesamten Verwaltung.

Erstes Vertretungsorgan des Landkreises war ein von der Militärregierung eingesetzter Kreisrat, der am 20. Dezember 1945 mit Landrat Dr. Max von Zabern, Oberbürgermeister Dr. Werner Plappert, Bürgermeister Eßlinger aus Königsbronn, Bürgermeister Franz Kohler aus Dischingen, Emil Martin aus Heidenheim, Albert Schrem aus Giengen und Kreishandwerksmeister Alois Walz aus Heidenheim seine erste Sitzung hielt.

Am 20. Mai 1946, als erstmals nach dem Krieg der Kreistag zusammentrat, wurde die Zahl der Kreistagsmitglieder auf acht festgesetzt und der bisherige kommissarische Landrat, Dr. Max von Zabern, einstimmig zum Landrat gewählt. Seine Wiederwahl erfolgte 1948. Mit Inkrafttreten der neuen Kreisordnung vom

7. März 1946 war der Landrat vom Staatsbeamten zum Beamten des Landkreises geworden. Der Kreistag wird seit dieser Zeit direkt durch die Bevölkerung gewählt.

Die ersten Nachkriegsaufgaben der Kreisverwaltung waren neben den einfachsten Dingen, wie die Lebensmittelbeschaffung, Brennstoffversorgung, Kleiderbeschaffung und Förderung der gewerblichen Gütererzeugung, die Beseitigung der Kriegsschäden, vor allem die Reparatur der zerstörten Eisenbahnbrücken. Dazu kam die Unterbringung der Vertriebenen und Flüchtlinge. Bis September 1946 waren schon 16.000 in den Kreis gekommen und die Wohnungsunterbringung bereitete ernste Schwierigkeiten. In den Schlössern Ober- und Niederstotzingen schuf der Kreis Heime für alte und gebrechliche Flüchtlinge. Seit 1945 war die Voithsiedlung von ihren Eigentümern geräumt worden und jüdische Vertriebene, vor allem aus Polen, lebten dort. In Giengen baute der Kreis 1946 bis 1947 auf dem Gelände der früheren Maschinenfabrik die »Ostsiedlung« mit 29 einfachen Wohnhäusern, einem Dorfhaus mit Läden und Kindergarten und einem Wasch- und Badehaus. Der Wohnungsbau wurde daneben mit Hilfe des Landkreises auch durch die Kreisbaugenossenschaft aufgenommen, im Gebiet der Stadt Heidenheim durch die Gemeinnützige Baugesellschaft. Der Straßenbau war ebenfalls eine der ersten Aufgaben des Kreises. Zunächst legte noch die Militärregierung fest, welche Straßen vordringlich instandgesetzt werden mußten. Zur Bewältigung und Förderung des Berufsverkehrs gründete der Kreis zusammen mit den Städten Heidenheim und Giengen sowie einigen Industriefirmen die »Kraftverkehr Heidenheim GmbH«, die sich jedoch auf die Dauer gegenüber den Privatfirmen nicht halten konnte und sich 1954 wieder auflöste. Auf dem Gebiet des Gesundheitswesens wurden für Tuberkulose- und Geschlechtskranke Heime auf Schloß Duttenstein und der Heidenheimer Brunnenmühle mit zusammen 60 Betten eingerichtet. Der Bau eines weiteren Heimes in Reuendorf war 1948 noch begonnen worden, wurde aber nach der Währungsreform nicht mehr weiterbetrieben. Auch das Kreiskrankenhaus erweiterte sich.

Die Währungsreform am 20. Juni 1948 brachte eine grundlegende Wandlung der Verhältnisse, auch für die Kreisverwaltung. Mit 242.293 DM Erstausrüstung mußte neu begonnen werden. Doch die Aufgaben im Fürsorgewesen, Gesundheitswesen, Straßen- und Wohnungsbau konnten nun besser bewältigt werden.

Landrat Dr. von Zabern kehrte 1950 in seinen Beruf als Bankfachmann zurück. Am 3. März 1951 wurde Dr. Albert Wild vom Kreistag zunächst auf sechs Jahre zum Landrat gewählt. Nach Wiederwahlen 1957 und 1969 blieb er Landrat bis 1973.

Die Nachkriegsprobleme waren vor 40 Jahren noch keineswegs völlig überwunden. Der Anteil der Heimatvertriebenen an der Bevölkerung des Landkreises betrug inzwischen 25 Prozent. Das Amt für Besatzungsleistungen hat im Jahr 1951 noch 5,5 Millionen DM ausbezahlt, das Soforthilfeamt 2 Millionen DM. Das Wirtschaftsamt war gerade wegen der Hausbrandversorgung wieder aufgelebt; 616 Ausländer lebten noch im staatlichen Wohnheim Polizeischule, um ein paar Beispiele zu nennen. Aber mit der Gründung des Bundeslandes Baden-Württemberg 1952 und mit der zweiten Kreistagswahl 1953 endete der schwierigste Teil der Nachkriegszeit.

Am 15. Februar 1956 hielt zu Beginn einer öffentlichen Sitzung des Kreistags Landrat Dr. Albert Wild im Otto-Kocher-Saal des alten Krankenhauses eine Rede, in der er einen Rückblick auf die Zeit von 1945 bis 1955 vornahm. Er schilderte in diesem Vortrag in besonders lebendiger und anschaulicher Weise, wie sich der Neubeginn im Landkreis Heidenheim nach der Katastrophe des Krieges unter schwierigsten Bedingungen vollzog, wie die Lebensbedingungen in der Zeit des Wiederaufbaus ausgesehen haben. Kaum ein anderer Zeitzeuge dürfte einen so umfassenden Überblick über die Lage im Landkreis Heidenheim zu jener Zeit gewonnen haben. Daher soll der Text des Redemanuskriptes hier wiedergegeben werden:

„Meine Herren Abgeordneten!
Meine Herren Bürgermeister!
Sehr verehrte Gäste!

Ich halte es in Anbetracht der Tatsache, daß wir heute auf eine 10jährige Wiederaufbauarbeit zurückblicken können für notwendig, daß wir den heutigen Tag auch zum Anlaß nehmen, uns dieser letzten 10 Jahre etwas zu erinnern, um uns zu vergegenwärtigen, was in Stadt und Kreis Heidenheim in dieser Zeit auf kommunaler Ebene geschehen ist. Sicher spreche ich damit die Vergangenheit an und mancher vertritt den Standpunkt, daß man nicht nach rückwärts, sondern immer nur nach vorwärts schauen solle. Aber trotzdem halte ich eine Besinnung auf das in diesen so schweren Jahren Geleistete für notwendig, denn gerade ein solcher Rückblick soll und wird uns zu einer objektiven und kritischen Beurteilung der Frage veranlassen, ob und inwieweit wir in, diesen 10 Jahren unserer öffentlichen Verantwortung entsprochen haben. Und wenn wir dann mit der aufgemachten Bilanz vor uns und der Öffentlichkeit bestehen können, so soll dies uns Mut und Kraft geben für die vielen neuen Aufgaben, deren Erledigung von uns noch erwartet wird.

Wie es damals vor 10 Jahren nach dem totalen und katastrophalen Zusammenbruch bei uns ausgesehen hat, dies brauche ich Ihnen, meine Herren, die Sie beinahe alle in der politischen und öffentlichen Verantwortung in dieser Zeit gestanden haben, nicht darzulegen. Viele von Ihnen wurden damals von heute auf morgen in eine zunächst völlig aussichts- und hoffnungslose Situation hineingestellt, und es gab vorerst nur eines, nämlich zu

improvisieren, um die Dinge irgendwie wieder in Gang zu bringen. Dies alles mußte aber in den ersten Monaten ausschließlich auf örtlicher und Kreisebene getan werden, es gab ja nicht einmal einen Bahn- und Postverkehr, und von einer gelenkten Landesverwaltung konnte überhaupt nicht die Rede sein.

Wenn daher durch rein örtliche Tatkraft der allgemein großen Not begegnet werden mußte, so hatten wir in Stadt und Kreis Heidenheim in diesen kritischen Tagen das Glück, geradezu Meisterstücke der Improvisation beobachten zu können. Einmalig war es zum Beispiel, wie Ingenieure und Arbeiter der Firma Voith sich um die Instandsetzung von Brücken bemühten und im Anschluß eine ziemlich ramponierte Lokomotive in Gang brachten, wodurch der Eisenbahnverkehr zwischen Heidenheim und Aalen ermöglicht werden konnte. Wenn in dieser Hinsicht von unserer Industrie Wunder vollbracht wurden, so blieben erfreulicherweise hinter diesen erfolgreichen Wiederaufbaumühungen unserer Wirtschaft die Leistungen auf kommunaler öffentlicher Ebene nicht zurück, denn auch hier waren Männer am Werk, die im wahrsten Sinne des Wortes zaubern konnten – damals nannte man dies kompensieren. Hierbei wurden immer wieder Mittel und Wege gefunden, die Bevölkerung mit dem Allernotwendigsten zu versorgen.



Erste Bahnfahrt von Heidenheim nach Sontheim nach Wiederherstellung der zerstörten Brücken am 5. August 1945. V. l. n. r.: Oberbürgermeister Dr. Plappert, Paul Schwaderer, Dr. Hanns Voith, Dr. Roske, Leutnant van Stirum, Bürgermeister Häfele aus Sontheim mit vier Gemeinderäten, Adolph Behringer, Landrat Dr. Max von Zabern, Leutnant Jason, Dr. Werner Walz, Josef Huber, Oberleutnant Deye, Theo Wulz, Wilhelm Mauch.

Aber neben diesen Bemühungen um die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrung, Kleidung und anderen Gegenständen hatten die Verantwortlichen weitere große und sehr ernste Sorgen bei der Freimachung von Wohnraum für die Besatzung und für vertriebene Ausländer. Ein ganzes Buch könnte wohl beispielsweise über die Räumung der Voithsiedlung geschrieben werden, und wenn dieses leidige Kapitel einigermaßen zufriedenstellend abgeschlossen werden konnte, so können sich doch die in dieser Sache beteiligt gewesenen politischen Persönlichkeiten heute noch sehr gut der vielen damaligen Schwierigkeiten erinnern. Und wenn neben dieser Misere die gleichzeitige Unterbringung von Tausenden von Heimatvertriebenen lief und darüber hinaus einige neue und namhafte Industriebetriebe aus der Ostzone und aus den Ostgebieten in Heidenheim, Gerstetten, Niederstotzingen, Sontheim und Steinheim anzusiedeln waren, so müssen wir heute rückblickend nur mit Dankbarkeit und Achtung der Männer gedenken, die mit all dem damals fertig geworden sind.

Ein besonders großes Verdienst bei der Behebung all dieser Schwierigkeiten kommt dem damaligen Landrat des Kreises Heidenheim, Herrn Dr. Max von Zabern, zu. Er hat es glänzend verstanden, diesen besonderen Zeitverhältnissen Rechnung zu tragen und er fand hier vorbildliche Unterstützung im Kreisrat, der am 20. Dezember 1945 zu ersten Mal zusammentrat und dem die folgenden Mitglieder angehörten:

Der damalige Oberbürgermeister von Heidenheim [Dr. Palppert]
Herr Karl Eßlinger, Königsbronn
Herr Franz Kohler aus Dischingen
Herr Albert Schrem aus Giengen
Herr Alois Walz aus Heidenheim und nicht zuletzt

Herr Emil Martin aus Heidenheim,
der als einziger von diesen Herren heute noch dem Kreisrat angehört und damit in diesen Tagen sein 10jähriges Kreisratsjubiläum feiern konnte, wozu ich ihn herzlich beglückwünsche und ihm danken möchte für all das, was er in diesen sorgenvollen Jahren für Stadt und Kreis Heidenheim ehrenamtlich geleistet hat. In der Geschichte dieser 10 Jahre Stadt- und Kreisverwaltung ist der Name Emil Martin nicht wegzudenken und wir wünschen nur, daß uns der wertvolle Rat und die Unterstützung unseres Seniors noch recht lange erhalten bleiben mögen.

Im übrigen darf am Rande vermerkt werden, daß mitunter in diesen schweren Tagen die Funktion eines Landrats auch sonnige Seiten hatte. Ganz abgesehen davon, daß er nicht wie wir heute tagtäglich von einer Papierflut überschwemmt wurde, da auch Papier Mangelware war, und es außerdem keine vorgesetzten Mittelbehörden und Oberinstanzen gab, so konnte er in beinahe allem ziemlich frei schalten und walten, wobei er nur seinem gesunden Menschenverstand folgen brauchte.

Und in Anwendung diesen gesunden Menschenverstandes mag es wohl auch gewesen sein, daß Dr. von Zabern in dieser ersten Kreisratsitzung am 20. Dezember 1945 kurz und bündig zunächst einmal die Einstellung jeglichen Zinsendienstes für die Schuldenlast des Kreiskrankenhauses in Höhe von 693.000 Mark verfügte und darüber hinaus in der gleichen Sitzung noch 1,1 Mill. Mark Staatssteuern für den Kreisverband vereinnahmt hat. Wahrlich ein großartiges Verfahren und es wäre manche Träne darüber zu vergießen, daß solche Möglichkeiten unwiderruflich dahin sind!

Durch diese erste Kreistagssitzung bekam auch das sonstige politische Leben sowohl auf Kreisebene als auch in den Kreisgemeinden neue Impulse, so daß bald danach die 1. Kreistagssitzung am 20. Mai 1946 und die Konstituierung der örtlichen Gemeinderäte folgen konnten. Und damit konnte von unten her die Neuordnung unseres staatlichen und politischen Lebens begonnen werden, was dazu führte, daß die Dinge bald wieder ein demokratisches Gefüge bekamen und eine rechtsstaatliche Ordnung einkehren konnte.

Vertreter aller demokratischen Parteien waren an dieser Entwicklung beteiligt, und es muß rückblickend anerkannt werden, daß man sich um diese Neugestaltung unter Zurücksetzung mancher Parteiinteressen gemeinsam bemühte. Über die Parteien hinweg wurde Teamarbeit geleistet, und wir danken diese erfreuliche Feststellung in erster Linie der politisch erfolgreichen Tätigkeit der Herren Hans Hannemann, Alfred Rauch, Max Rieger, Johannes Pfister, Jakob Frey von der CDU, der Herren Karl Eßlinger, Georg Ischinger, Max Groll und Eugen Kümmerle von der Freien Wählervereinigung, der Herren Emil Martin, der beiden Brüder Hans und Karl Ocker, der Herren Fritz Hof, Richard Nicoletti, Leonhard Gerold von der SPD und nicht zuletzt der Herren Karl Bachmann und Julius Zwissler von der DVP. Ohne die Verdienste von anderen schmälern zu wollen, glaube ich doch sagen zu können, daß die genannten Herren „die alte Garde“ bei der Neuordnung des staatlichen und politischen Lebens in unserem Raum gewesen sind und ich bedauere in diesem Zusammenhang nur das eine, daß wir auf die weitere Mitarbeit von so verdienten und politisch wertvollen Persönlichkeiten wie die Herren Direktor Hannemann und Direktor Bachmann wegen Arbeitsüberlastung in ihren Berufen verzichten mußten.

Nicht vergessen dürfen wir bei diesem Anlaß auch die sorgenvolle Tätigkeit der Bürgermeister der damaligen Zeit, die in vorderster Front gestanden sind. Und dankbar sollen wir uns heute auch dessen bewußt werden, daß unsere Bauern trotz der seinerzeitigen mangelhaften Staatsautorität ihrer Ablieferungspflicht weiterhin genügt haben. Sicher haben sie damals besser gelebt als wir Städter, aber dafür hat dieser kleinbäuerliche Bevölkerungsteil heute wieder um einiges mehr Sorgen als wir Stadtleute, und daher wollen wir nachsichtig sein und dieses und jenes schwarz geschlachtete Schwein verzeihen, zumal wir doch hie und da auch davon abbekommen haben; die Straße durch den Englischen Wald könnte hier einiges erzählen, was unser Freund Hof gerne bestätigen wird.

Und nun, meine Herren, lassen Sie mich zum einschneidendsten Ereignis dieses Zeitraums kommen, nämlich zur Währungsreform am 20. Juni 1948. Lag vorher der Schwerpunkt des Geschehens auf politischer Ebene, so konnte, nachdem das politische Gemeinwesen wieder einigermaßen funktionierte, nunmehr daran gedacht werden, auch das wirtschaftliche Gefüge wieder in Ordnung zu bringen. Und die Möglichkeit hierzu wurde durch die Währungsreform geschaffen, trotz aller sozialen Härten, die sie mit sich brachte. Von diesem Augenblick an kehrten wir auch in materieller Hinsicht zum normalen Leben zurück, und von diesem Zeitpunkt an konnte auch mit dem eigentlichen wirtschaftlichen Wiederaufbau begonnen werden. Und hier wurde auch bei uns in Stadt und Kreis Heidenheim ganze Arbeit geleistet. Das Erstaunlichste hierbei ist die Feststellung, daß in der Stadt Heidenheim und in verschiedenen anderen Kreisgemeinden wie Giengen, Herbrechtingen, Gerstetten, Niederstotzingen, Sontheim und Steinheim nicht nur der Anschluß an das Frühere gefunden werden konnte, sondern darüber hinaus eine Entwicklung einsetzte, die den Stand der Dinge vor dem Krieg um einiges übertreffen sollte. Das Brenztal wurde in dieser Zeit ein eigener Industrie- und Wirtschaftsraum, der heute von manchem anderen Kreis wegen seiner gesunden Struktur und seiner wirtschaftlichen Blüte beneidet wird. Dies ist aber nicht die Folge eines Wunders, sondern das Ergebnis des Fleißes unserer Bevölkerung, und zwar sowohl der Alteingesessenen als auch der Neubürger, die nach 45 in unseren Kreis gekommen sind. Mit Recht dürfen wir alle zusammen stolz sein auf diese Wiederaufbauleistung, die uns im Jahr 1945 unvorstellbar gewesen wäre, über die

wir aber heute umso mehr beglückt sein können.

Allerdings – und dies muß am Rande schon auch vermerkt werden – haben diese wirtschaftliche Gesundung und ihre Auswirkungen auf den Einzelnen auch sehr deutlichen Ausdruck gefunden in vielen festlichen Veranstaltungen, Feiern, Musikfesten, Vereinsjubiläen und Fahnenweihen. Nachdem ich selbst nicht nur das große Vergnügen habe, an allen Festen in der Stadt Heidenheim teilnehmen zu dürfen, sondern darüber hinaus die Ehre habe, die Kreisverwaltung auch bei allen Feiern in den übrigen 39 Kreisgemeinden vertreten zu dürfen, was mitunter 10 bis 12 Einladungen zu Veranstaltungen an einem Wochenende auslöste, konnte ich im Verlauf meiner hiesigen Tätigkeit schon vor einiger Zeit selbst ein Jubiläum feiern, nämlich meine 100. Festrede gehalten zu haben, kein Wunder, wo wir doch heute nicht nur 50- und 100jährige Erinnerungsfeiern begehen, sondern gleich nach Gründung eines Vereins daran gedacht wird, so rasch wie möglich die erste Jubiläumsveranstaltung vorzubereiten. Wenn man dann aber bei diesen Feiern mitunter feststellen muß, daß ausschließlich und allein das Bierzelt Mittelpunkt des gesamten Geschehens ist, so merkt man rasch die Absicht und wird leicht verstimmt. Besinnen wir uns doch auch auf diesem Gebiet unserer viel gerühmten Tugend, der schwäbischen Sparsamkeit. Um einiges sparsamer sollte die Zahl der jährlichen Feste festgelegt werden, umso mehr Festesfreude könnten wir dann bei den wirklich berechtigten Veranstaltungen aufbringen.

Zum eigentlichen Thema zurückkehrend, muß in Bezug auf die an sich so sehr erfreuliche wirtschaftliche Entwicklung mit ihrem automatischen Bevölkerungszuwachs ergänzend bemerkt werden, daß diese Dinge auf kommunaler Ebene eine Reflexwirkung auslösten, die größte Schwierigkeiten und Sorgen verursachte. Infolge der fortschreitenden Industrialisierung unseres Kreises und der Bevölkerungszunahme wurde für die Gemeinden der Rock an allen Ecken und Enden zu knapp, vor allem standen die Kreisgemeinden in Bezug auf die Schaffung von neuem, notwendig gewordenen Wohnraum vor einem unlösbaren Problem. Recht beachtliche Summen mußten in diesem Zusammenhang für die Erschließung von Baugelände ausgegeben werden. Die Gas-, Wasser- und Stromversorgung reichte bei weitem nicht mehr aus, Wege und Straßen mußten neu angelegt und instandgesetzt werden, zusätzliche Kanalisationen waren notwendig, neue Krankenhäuser und Schulen mußten gebaut bzw. ausgebaut werden. Und was in diesem Zusammenhang in den vergangenen Jahren im Kreis Heidenheim geschehen ist, dies, meine Herren, können Sie aus den Anlagen, die Sie in Händen haben, entnehmen.

Wenn Sie dieses Zahlenmaterial betrachten, so werden Sie zugeben, daß die Steuergroschen, die in diesen Jahren nach der Währungsreform in die Gemeindekassen geflossen sind, in keinem Juliusturm gehortet wurden, sondern ausnahmslos Zwecken zugeflossen sind, die sich für jeden Kreiseinwohner nützlich auswirkten. Einen überzeugenden Beweis hierfür bietet beispielsweise das Zahlenmaterial der Stadt Heidenheim, die für den Ausbau der Gas-, Wasser- und Stromversorgung, für Erschließung von Baugelände, Förderung des Wohnungsbaus, Neu- bzw. Ausbau von 5 Schulen, Kanalisation, Ausbau des Schlachthofs, Straßenbau und anderes mehr in den letzten 7 Jahren rund 25 Millionen ausgegeben hat. Und ähnlich sieht es in Giengen aus, wo die gleichen Vorhaben einen Aufwand von etwa 4 bis 5 Millionen DM ergeben, wobei die jetzt neuzubauende Schule mit rund 2,8 Millionen noch nicht einmal berücksichtigt ist.

In Gerstetten, in Herbrechtingen, in Sontheim, in Niederstotzingen, in Steinheim und besonders in Königsbronn liegen im Verhältnis gesehen die gleichen Größenordnungen vor, so daß man zum Ergebnis kommen muß, daß überall versucht wurde, dem großen Nachholbedarf der Kriegs- und Nachkriegsjahre zu entsprechen und der wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung unseres Kreises auch auf kommunalem Sektor Rechnung zu tragen. Geschlafen haben jedenfalls unsere Bürgermeister und ihre Gemeinderäte in den letzten Jahren nicht, denn von alleine sind diese 24 neuen und im Bau befindlichen Schulen, Wohnsiedlungen, die neuen Wasserversorgungsanlagen, Schlachthäuser usw. nicht geworden. Diese Dinge haben viel Kopfzerbrechen und Sorgen gemacht. Und wenn sie heute stehen, so soll den Herren Bürgermeistern und den Stadt- und Gemeinderäten der öffentliche Dank und die Anerkennung hierfür nicht versagt bleiben.

Der gleiche Dank gilt in diesem Zusammenhang auch unseren 2 Aktuaren, die unermüdlich diese Bemühungen auf dem flachen Land gefördert und manchen Staatsbeitrag hereingeholt haben, wobei sie dankenswerterweise immer von unserem Landtagsabgeordneten unterstützt wurden, dessen Eifer mitunter so weit ging, daß mir einmal ein hoher Regierungsbeamter in Stuttgart sagte, daß ihm der Abgeordnete Rauch mit seinen dauernden Besuchen beinahe schon lästig geworden sei, weshalb er, um endlich seine Ruhe und seinen Frieden wiederzubekommen, ja gesagt habe, ein Beweis dafür, daß man auf ministerieller Ebene mitunter lästig werden muß, um zum Erfolg zu kommen.

Meine Herren, was nun das Zahlenmaterial im einzelnen zu diesem 10-Jahresbericht anbelangt, so wäre es wirklich interessant, zu den verschiedenen Positionen Stellung zu nehmen, denn hier hat wirklich jede einzelne Zahl ihre eigene Geschichte. Aber leider reicht hierzu die Zeit nicht aus, weshalb ich mich in meinem Kommentar auf einige besonders wichtige und interessante Daten beschränken muß.

Wenn ich vorhin gesagt habe, daß die Wohnungsfrage in unserem Kreis besonders prekär ist, so sprechen für unsere Bemühungen um dieses Problem die Zahlen der Anlage 3 eine sehr deutliche Sprache. Es ist schon etwas, wenn seit 1949 5069 öffentlich geförderte Wohnungen, und zwar in Heidenheim 2327 und in den übrigen Kreisgemeinden 2742, gebaut worden sind, wovon 1878 Wohnungseinheiten auf die Gemeinnützige

Baugesellschaft und 1702 Einheiten auf die Kreisbaugesellschaft entfallen, weshalb die Herren Steinbrecht und Schönherr von der Gemeinnützigen Baugesellschaft einerseits und die Herren Bürgermeister Fink und Nothardt von der Kreisbaugesellschaft andererseits für diese erfolgreiche Tätigkeit wirklich einen Orden verdient hätten. Und wenn neben dem öffentlichen Wohnungsbau weitere 2524 Wohnungen privat gebaut wurden, in Heidenheim 1724 und in den Kreisgemeinden etwa 800, so können wir damit die erfreuliche Feststellung treffen, daß uns seit 1945 in Stadt und Kreis Heidenheim insgesamt 7593 neue Wohnungen zugewachsen sind und damit, glaube ich, können wir uns schon sehen lassen.

Trotzdem ist die Wohnungsnot nach wie vor sehr ernst, denn allein in Heidenheim haben wir noch rund 2100 Wohnungssuchende und in den Kreisgemeinden, besonders in Giengen, haben wir insgesamt noch 1450 nicht erledigte Wohnungsfälle, so daß wir alles in allem sagen müssen, daß noch für etwa 14.000 Menschen zumutbarer und menschenwürdiger Wohnraum geschaffen werden muß. Durch diese Feststellung wird sehr viel Wasser in unseren Wein gegossen, aber wollen uns trotzdem nicht entmutigen lassen, wir werden uns weiter tatkräftig um diese Dinge bemühen, wobei wir allerdings der Hoffnung Ausdruck verleihen müssen, daß man bei der Verteilung der Wohnungsbauförderungsmittel in Stuttgart der hiesigen besonderen Situation mehr Rechnung tragen möge wie bisher.

Besonders hinweisenswert erscheint auch Anlage 4, wo aufgeführt ist, was wir in den vergangenen 10 Jahren für unsere Kreisstraßen ausgegeben haben und welche Kreisstraßen in diesem Zeitraum um- bzw. ausgebaut worden sind. 5,2 Millionen DM sind hier zur Verwendung gekommen, also ein Betrag, der ganz respektierbar ist, ohne daß wir allerdings auch auf diesem Gebiet künftig die Hände in den Schoß legen könnten. Nicht umsonst haben wir daher im Einvernehmen mit dem Kreistag ein 10-Jahres-Programm für den Um- und Ausbau unserer Kreisstraßen in Höhe von rund 4,6 Millionen DM vorgesehen, welches Vorhaben den Kreistag schon im kommenden Haushaltsjahr, und dann im Anschluß in den nächsten Rechnungsjahren, sehr beschäftigen wird. Aber an diesem umfangreichen Aufbau unseres Straßennetzes kommen wir einfach nicht vorbei, weshalb wir auch mit Genugtuung davon Kenntnis genommen haben, daß der Ausbau der Bundesstraße 19 zwischen Schnaitheim und Oberkochen dieses Jahr Wirklichkeit werden soll, dem dann im Anschluß hoffentlich die versprochene Beseitigung des schienengleichen Bahnübergangs in Herbrechtingen folgen wird.

Und, meine Herren, wiederum sehr aufschlußreich sind die Zahlen in der Anlage 5, wo wir dargelegt haben, was in den letzten Jahren alles für unser Kreiskrankenhaus geschehen ist. Fast 5½ Millionen DM haben wir für den Ausbau dieser wohl wichtigsten öffentlichen Wohlfahrtseinrichtung ausgegeben und jeder, der das Kreiskrankenhaus früher gekannt hat, wird bestätigen, daß diese 5½ Millionen DM sehr sichtbar sind.

Auf der gleichen Seite finden Sie allerdings auch bestätigt, wie Jahr für Jahr unsere Unkosten im Kreiskrankenhaus größer werden. Wenn wir im Jahr 1945 und 1946 noch mit 188.000 DM bzw. 245.000 DM Personalkosten ausgekommen sind, so hatten wir hierfür in den Jahren 1954 und 1955 rund 1 Million bzw. 1,2 Millionen DM auszugeben, kein Wunder, daß damit der Zuschußbedarf Jahr für Jahr größer wurde und wir 1955 ein Defizit von 430.000 DM zu verzeichnen hatten. In diesem Zusammenhang kann ich Ihnen leider die Voraussage nicht ersparen, daß die künftige Entwicklung ähnlich verlaufen wird, aber letzten Endes müssen wir uns dessen bewußt sein, daß diese finanzielle Fürsorge unseren kranken Mitmenschen zugute kommt, denen gegenüber wir eine besonders große Betreuungspflicht haben. Wenn wir aber trotzdem einmal auf der Straße von Herrn Müller oder Frau Maier wegen dieser hohen Ausgaben kritisch angesprochen werden sollten, so sind wir gerne bereit, Herrn Müller und Frau Maier für den Fall, daß ihnen eines schönen Tages der Blinddarm herausgenommen werden müßte, eine besonders sparsame Krankenhausbehandlung ohne schmerzlindernde Mittel, ohne Penicillin und mit Unterbringung auf den Gängen in Liegestühlen zu garantieren, aber in diesem Augenblick werden Herr Müller und Frau Maier die Dinge dann wohl mit etwas anderen Augen anschauen.

Und nun, meine Herren, bevor ich zum Schluß komme, nur noch einen kurzen Blick auf die Anlage 6. Hier können Sie den Nachweis finden, daß wir beim Amt für Verteidigungslasten im Berichtszeitraum rund 23 Millionen DM für Manöverschäden und Besatzungsleistungen ausgegeben haben, beim Fürsorgeamt sind rund fast 13 Millionen als Kriegsschadensrente, 5,8 Millionen DM für Hausrathilfe und 5,4 Millionen DM für Eingliederungsdarlehen zur Zahlung angewiesen worden. Dies sind Zahlen, die doch immerhin recht interessant und aufschlußreich sind.

Damit aber, meine Herren Abgeordneten und meine sehr verehrten Gäste, bin ich am Schluß meiner Ausführungen angelangt. Ich brauche vielleicht nach Darlegung dieser 10-Jahresbilanz nur noch kurz die Gewinn- und Verlustrechnung aufzumachen und hierzu wäre zu bemerken, daß wir zwar aufgrund dieser 10jährigen kommunalen Arbeit in Stadt und Kreis Heidenheim keinen Millionengewinn in DM-Beträgen ausweisen können, daß diese Arbeit – alles in allem gesehen – aber doch einen beachtlichen Gewinn für die gesamte Öffentlichkeit unseres Kreises gebracht hat. Und für Sie, meine Herren Abgeordneten und auch für Sie, meine Herren Bürgermeister, die Sie mitten in der Verantwortung für all diese Dinge gestanden haben, mag es eine gewisse Genugtuung und Befriedigung sein, daß diese Bilanz mit diesem festgestellten großen Gewinn und Nutzen für das Gemeinwohl abgeschlossen werden konnte.

Diese Feststellung gilt für alle Kreisgemeinden und kann wohl auch für die Kreisverwaltung in Anspruch

genommen werden. Und wenn ich Ihnen, um das Bild in Bezug auf die Kreisverwaltung abzurunden, die erfreuliche Mitteilung machen kann, daß auf Grund unserer laufenden Bemühungen sich auch die wirtschaftliche Situation bei unseren Tochtergesellschaften, der Kreissparkasse und der Kreisbaugesellschaft, ständig verbessert hat und nach dem Ergebnis der letzten Überprüfungen durch unsere Aufsichtsbehörden beide Unternehmen heute wohl und sicher fundiert sind, so glaube ich, daß wir Ihnen mit dem heutigen Bericht und dem beigefügten Zahlenmaterial in aller Offenheit einen sehr gründlichen Einblick in unsere Arbeit der vergangenen Jahre ermöglicht haben.

Sie, meine Herren Abgeordneten, sind nun berufen, zu diesen Dingen kritisch Stellung zu nehmen, und es liegt bei Ihnen als dem höchsten Kreisorgan, uns Entlastung zu erteilen oder nicht. Mag diese Kritik lobend oder tadelnd ausfallen, wir werden beides zu respektieren wissen. Vor allem erhoffen wir aber von Ihnen Anregungen für unsere weitere Arbeit und diesem Wunsch bitte ich Rechnung zu tragen, wenn ich nunmehr meine Ausführungen zur Diskussion stelle.“

Die in dem Vortrag von Landrat Dr. Albert Wild erwähnten Anlagen sind im Anschluß an diesen Jahrbuchbeitrag abgedruckt.

Seit mit der Gründung Baden-Württembergs die erste schwere und unsichere Nachkriegszeit abgeschlossen wurde, blieb die Entwicklung natürlich nicht stehen. Nach einem ungeahnten »Wirtschaftswunder« kamen auch Jahre der Rezession. Umfangreiche Reformen in Recht und Verwaltung, Bildungswesen und sozialer Sicherung wurden notwendig. Nach den Vertriebenen kamen Gastarbeiter, Aussiedler und Asylsuchende ins Land. Die Integration dieser Menschen in wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und sozialer Hinsicht blieb bis heute eine große Aufgabe für das Land wie für den Landkreis. Ganz neue Probleme und Aufgaben für Landkreis, Städte und Gemeinden traten auf, wie etwa der Umweltschutz oder die Abfallentsorgung. Der Landkreis wurde Träger der Beruflichen Schulen und der Sonderschulen und bekam immer weitere Aufgaben übertragen. Vor allem die Verwaltungsreform zu Anfang der 70er Jahre veränderte die kommunale Verwaltungslandschaft völlig. Auch in Zukunft werden der vor 40 Jahren vereinigte deutsche Südwesten und der Landkreis Heidenheim in dem nun wiedervereinigten Deutschland bei der partnerschaftlichen Integration Europas immer wieder neue Wege suchen müssen, um den hier lebenden Menschen das in der Landesverfassung festgeschriebene Grundrecht auf Heimat in wirtschaftlicher und sozialer Sicherheit zu bewahren.

Quellen und Literatur:

Das Land Baden-Württemberg, Amtliche Beschreibung nach Kreisen und Gemeinden. Hrsg. von der Landesarchivdirektion Baden-Württemberg, Band I Allgemeiner Teil (Stuttgart 1977); Band IV Regierungsbezirk Stuttgart, Regionalverbände Franken und Ostwürttemberg (Stuttgart 1980).

Boelcke, Willi A.: Handbuch Baden-Württemberg (Stuttgart 1982).

Weller, Karl und Weller, Arnold: Württembergische Geschichte im südwestdeutschen Raum (Stuttgart 1981).

Rinker, Reiner und Setzler, Wilfried (Hrsg.): Die Geschichte Baden-Württembergs (Stuttgart 1986).

Schweier, Gerhard: Geschichte und Leistung der Landkreisverwaltung Heidenheim, unveröffentlichtes Manuskript (1970), Kreisarchiv Heidenheim.

Protokolle des Kreistages, Landkreis Heidenheim 1945 bis 1956, Kreisarchiv Heidenheim.

Würz, Roland und Baudisch, Markus „50 Jahre in seinen heutigen Grenzen. Der Landkreis Heidenheim“ in: Jahrbuch des Heimat- und Altertumsvereins Heidenheim 1987/88, 2. Jg. (Heidenheim 1988), S. 404 bis 414.

Anlagen:

Wohnbevölkerung des Kreises:

Datum		davon Stadt Heidenheim
17. 5.39	62 281	27 178
4.12.45	69 692	28 929
29.10.46	83 029	34 694
30.10.47	85 278	36 654
31.12.48	88 522	38 294
1.12.49	90 868	39 616
13. 9.50	91 844	40 142
31.12.51	94 416	41 663
31.12.52	95 920	42 147
31.12.53	96 951	43 159
31.12.54	100 685	45 303
31.12.55	103 415	46 180
(31.03.91	131 293	50 615)

Privater Wohnungsbau (ohne öffentl. Mittel):

	Insges.	Stadt	Kreisgeden
Von 1945 - 1955	2 524	1 724	ca. 800
somit Gesamtwohnungsbau seit 1945	7 593	4 051	3 542
Hiervon wurden von der Kreisbaugesellschaft Heidenheim gebaut			1 702 WE
von der Gemeinnützigen Baugesellschaft Heidenheim			1 878 WE
		zusammen	3 580 WE

Bevölkerungszahlen der wichtigsten Kreismunicipalitäten:

	1945	1955
Heidenheim	28 929	45 303
Giengen (Brenz)	4 843	7 876
Gerstetten	2 860	3 884
Herbrechtingen	2 878	4 911
Königsbronn	1 817	3 592
Steinheim a.A.	2 493	3 529
Sontheim (Brenz)	1 965	2 440
Niederstotzingen	1 608	2 058

Bauförderung durch öffentliche Mittel:

Öffentl. Bauförd. Mittel wurden d. Kreis Heidenheim (einschl. Stadt) zugeteilt		damit wurden gefördert	davon entfallen		Für Umsiedler u. Sowjetz. Flüchtl. sind an Bindungen enthalten
Rechn.-Jahr	DM	WE insges.	Stadt	Kreisgeden	
1949	2 015 000	614	226	388	—
1950	1 532 600	766	299	467	16
1951	1 842 500	451	276	175	70
1952	3 197 300	674	297	377	180
1953	3 786 500	1 029	450	579	285
1954	3 264 800	850	396	454	235
1955	3 406 900	685	383	302	65
	19 045 600	5 069	2 327	2 742	851

Kreisverbandsstraßen

Länge der Kreisverbandsstraßen (Stand 1.4.1955) = 124,229 km.

Rechn.- Jahr	Persön- liche Kosten	Allg. Un- terhalt. und Instands.	Um- und Ausbau	Beitr. an Gemeind.	Brücken	zusammen
1945	42 069	14 704	3 396	—	2 660	62 829
1946	60 995	59 258	47 154	—	17 485	184 892
1947	71 486	65 098	41 248	—	24 890	202 722
1948	62 755	120 590	25 627	—	—	208 972
1949	74 550	103 000	75 331	5 000	—	257 881
1950	88 866	86 265	87 395	10 000	—	272 526
1951	93 706	103 602	161 398	6 000	—	364 706
1952	99 034	147 394	162 331	6 000	—	414 759
1953	120 097	105 729	201 713	12 000	—	439 539
1954	103 218	118 213	222 938	10 000	—	454 369
1955	100 483	110 165	203 588	10 000	—	424 236
	917 259	1 034 018	1 232 119	59 000	45 035	3 287 431
	dazu Umlagen an das Land für Landstraßen 1.O. von 1945 - 1953					1 954 812
	Gesamtausgaben f. Straßen v. 1945 - 1955					<u>5 242 243</u>

Folgende Kreisverbandsstraßen wurden in den vergangenen 10 Jahren aus- bzw. umgebaut:

Nr.	Straße	Rechn.- Jahr	Aufwand RM/DM
655	Heidenheim-Zang	1949-51	105 148
	Katzenstein-Kösingen	1952/53	
660	Zang-Königsbronn-Ochsenberg	1951-54	41 175
661	Aufhausen-Großkuchen	1952-55	123 867
662	Nattheim-Oggenhauser Keller	1953	27 300
664	Katzenstein-Dunstelkingen-Eglingen	1953-55	138 517
665	Eglingen-Demmingen	1947,53	19 771
667	Dischingen-Schrezheim-Dunstelkingen	1946,53	32 946
668	Trugenhofen-Ballmertshofen	1954,55	85 366
669	Gussenstadt-Steinenkirch	1950-52	63 167
671	Gussenstadt Kanalisation	1955	7 000
672	Heuchstetten-Gerstetten	1953-55	41 537
673	Dettingen-Hürben	1945,46 1954,55	109 582
674	Giengen-Eselsburg	1954,55	6 463
675	Lontal-Kaltenburg-Burgberg-Hermaringen	1950-55	137 646
676	Hürben-Kaltenburg	1951,53	19 903
678	Sontheim/Brenz Kanalisation	1949-51	272 731
	Sontheim/Brenz Ortsdurchfahrt	1952-54	
			<u>1 232 119</u>

Kreiskrankenhaus

Rechn.-Jahr	Bettenzahl	Pflegetage	Personal- kosten	Zuschuß- bedarf
1945	360	99 072	188 352	—
1946	360	107 193	245 669	—
1947	360	105 536	283 724	—
1948	405	118 494	306 370	166 700
1949	435	128 646	434 000	151 700
1950	465	145 936	496 700	313 418
1951	465	151 320	603 425	253 105
1952	471	151 979	818 900	333 362
1953	476	153 718	948 304	395 553
1954	501	153 614	1 019 600	397 706
1955	501	ca. 160 000	ca. 1 200 000	430 908

Baumaßnahmen im Kreiskrankenhaus

Baumaßnahme	Jahr der Erstellung	Aufwand RM/DM
Krankenhausw.-Bau, Pendl-Bau	1946 - 1948	1 156 331
Schwestern- und Waschhaus	1948 - 1950	592 195
Heizzentrale	1951 - 1953	490 752
Küchenerweiterung und Saalbau	1951 - 1952	222 005
Umbau d. Hauses Felsenstraße 38 zur Kinder- u. Nervenstation	1950	38 350
Erwerb und Umbau des Müllerschen Anwesens zum Tbc-Heim	1951 u. 1953	223 828
Umbau des Schweine- und Hühnerstalls	1951 - 1952	34 685
Errichtung v. Gewächshäusern u. Frühbeeten sowie Geflügelstall	1948 u. 1953	26 783
Einbau und Errichtung d. Kantine	1949	5 644
Einbau und Errichtung der Apotheke	1950	18 406
Erwerb des Hauses Felsenstraße 34 sowie Umbau und Einrichtung der Schwesterschule	1952 - 1955	90 000
Umbau der Leichenhalle und des Sezierraums	1951/1952	6 377
Pförtnerhaus m. Telefonzentrale, Fahrradhalle und Einfriedung	1954/1955	165 500
Neuer Krankenhausbau für die chirurg. Abteilung Bettenbau	1954 - 1956	2 300 000
Erwerb d. Wohnhauses Felsenstr. 30		45 000
		5 415 856

Amt für Verteidigungslasten
(fr. Besatzungskostenamt)
Ausgaben für Besatzungsschäden
Manöverschäden usw.

Fürsorgemaßnahmen

Rechn.-Jahr	Entschädigungs- beträge RM/DM	a) Fürsorgeamt		b) Ausgleichsamt			c) Jugendamt	
		Allgem. Fürsorge	Kriegsfolgen- hilfe	Kriegsschaden- rente	Hausrathilfe	Eingliederungs- darlehen	Amtsvor- mundsch. Minderjährige	Mündelgelder wurden aus- bezahlt
1945	—	235 163	3 140 597	—	—	—		98 115
1946	3 114 129	126 197	3 447 110	—	—	—	1 311	144 020
1947	3 322 045	108 951	2 151 337	—	—	—	1 370	199 310
1948	4 533 190	156 694	1 108 927	—	—	—	1 413	209 819
1949	4 079 421	224 420	959 206	1 000 824	388 350	—	1 537	186 724
1950	4 051 666	211 376	113 227	2 006 452	342 600	280 800	1 550	220 564
1951	500 454	251 203	803 961	1 806 168	151 250	204 700	1 575	250 241
1952	2 619 712	336 023	743 960	1 870 829	545 681	95 500	1 560	265 777
1953	233 213	372 669	661 188	2 033 335	1 795 941	1 216 000	1 591	337 862
1954	119 271	378 023	856 782	2 180 471	1 444 999	2 213 000	1 609	368 627
b. 31.1.56	594 243			1 902 002	1 129 348	1 394 200	1 569	317 072
	23 167 344	2 400 719	13 986 295	12 800 081	5 798 169	5 404 200		2 598 131